



Der Staat als Wegelagerer

Mehr zum Thema:



Die Preise an der Zapfsäule steigen, und einer freut sich jedes Mal mit: der Staat. Während Pendler, Familien und Handwerker jeden Euro zweimal umdrehen müssen, laufen die Einnahmen in Berlin wie von selbst. Über 60 Prozent von dem, was Sie für Benzin oder Diesel zahlen, sind Steuern und Abgaben. Energiesteuer, CO₂-Abgabe und obendrauf noch Mehrwertsteuer – sogar auf die Steuern selbst. Kein Witz, sondern politisch gewollte Realität. Je teurer der Sprit, desto mehr verdient der Staat. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass echte Entlastungen ausbleiben oder immer nur halbherzig daherkommen. Die Krise ist für viele ein Problem – für den Staat ist sie längst ein Geschäftsmodell geworden. Das System dahinter ist simpel, aber effektiv. Erst wird kräftig abkassiert, dann wird auf das Abkassierte noch mal kassiert.

Diese »Steuer auf die Steuer« bringt Jahr für Jahr Milliarden. Beim Tanken gehen teilweise über 1,40 Euro pro Liter direkt an den Staat. Beim Strom sieht es ähnlich aus, auch da ist mehr als die Hälfte politisch gemacht und nicht einfach vom Himmel gefallen. Besonders bitter: Wer wenig hat, zahlt am Ende prozentual mehr. Energie ist kein Luxus, son-

num erzwungen. Die Vorschläge sind klar und liegen schwarz auf weiß vor: CO₂-Abgabe weg, Energiesteuer runter, Mehrwertsteuer runter. Dann wären Spritpreise von rund 1,46 Euro möglich. Also nichts Unmögliches, kein Wunschdenken, sondern eine Frage des politischen Willens und der Prioritäten. Nur: Dieser Wille fehlt. Die anderen Parteien

künstlich verteuern, und der Krieg im Nahen Osten. Zudem eine Energiepolitik, die seit Jahren auf Ideologie setzt statt auf Versorgungssicherheit und Vernunft. Am Ende müssen es immer die Bürger bezahlen – an der Zapfsäule, bei der Heizkostenabrechnung und beim täglichen Einkauf.

Die Stimmung kippt. Viele erkennen inzwischen: Der Druck entsteht nicht nur durch äußere Krisen, sondern auch durch Probleme, die im Inneren gewachsen sind. Wer jeden Tag fahren muss, hat keine Alternative. Wer heizen muss, kann nicht verzichten. Genau darauf baut dieses System. Der Staat kassiert mit, immer und überall, leise und zuverlässig. Und während oben gerechnet wird, wird unten gespart. Am Ende bleibt nur eine Frage: Wie lange lassen sich die Leute das noch gefallen?

Björn Höcke

Bittere Wahrheit:

Die Regierung will nicht, dass Energie billig wird!

dern Teil des Alltags. Man benötigt sie immer und überall. Und genau deshalb trifft es vor allem jene besonders hart, die ohnehin schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Im Thüringer Landtag ist das Thema längst auf dem Tisch. Die AfD-Fraktion hat es immer wieder angesprochen, Anträge eingebracht und sogar ein Sonderple-

hören weg, reden drum herum oder vertrösten auf irgendwann. Kein Wunder, schließlich profitiert die Regierung selbst von den hohen Preisen und den sprudelnden Einnahmen.

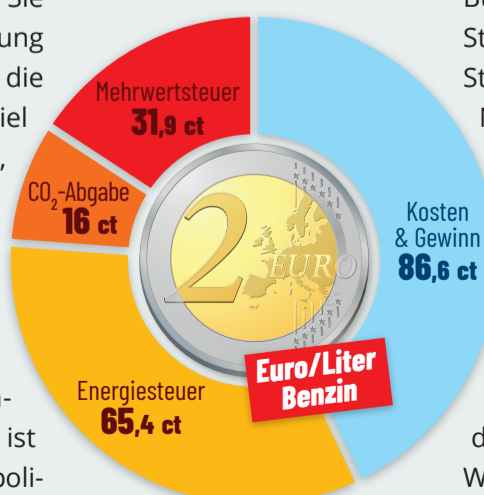
Und dann sind da noch die Ursachen, über die kaum jemand ehrlich spricht: Sanktionen gegen Russland, die Deutschland massiv schaden und die Energie

10 Jahre Blauer Mut

Seit zehn Jahren erscheint unser »Blauer Mut«. Der Titel war damals bewusst gewählt. Wir wussten, dass es viel Mut kosten würde dem vergifteten Meinungsklima in Deutschland die Stirn zu bieten. Heute sind wir auf dem Weg zur parlamentarischen Mehrheit in Thüringen, wahrscheinlich auch weil unsere Fraktionszeitung regelmäßig in hunderttausendfacher Auflage aktuelle politische Themen in aufklärerischer Absicht in die Thüringer Haushalte trägt. Im »Blauen Mut« erhalten Sie unzensurierte Fakten zu allen Politikfeldern und Sie erfahren, was unsere Fraktion in der alltäglichen Parlamentsarbeit leistet, um gegen unkontrollierte Migration, unverantwortliche Energiepolitik und die Vernachlässigung des Bildungssektors vorzugehen. Dafür stehen wir ein: Für Transparenz und Bürgernähe. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit noch viele weitere Jahre begleiten und unterstützen. Gerne auch indem Sie diese und die nächsten Ausgaben des »Blauen Muts« an Interessierte weitergeben – nur Mut!

Der Staat kassiert bei teuren Spritpreisen mit – und zwar kräftig!

Energiepreise fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen am Markt, aber auf der Rechnung der Bürger wird daraus ein Preis, bei dem die Politik am Ende immer die Finger im Spiel hat. Natürlich spielen Weltmarktpreise, Krisen, Angebot und Nachfrage eine Rolle. Genau darauf verweist die Bundesregierung besonders gern, weil es so bequem nach »äußeren Umständen« klingt. Dazu kommen Beschaffung, Vertrieb, Netze, Messung, Infrastruktur und Unternehmensmargen. Der entscheidende Punkt ist aber: Ein erheblicher Teil des Preises ist politisch bedingt. Seit dem Atomausstieg zahlen



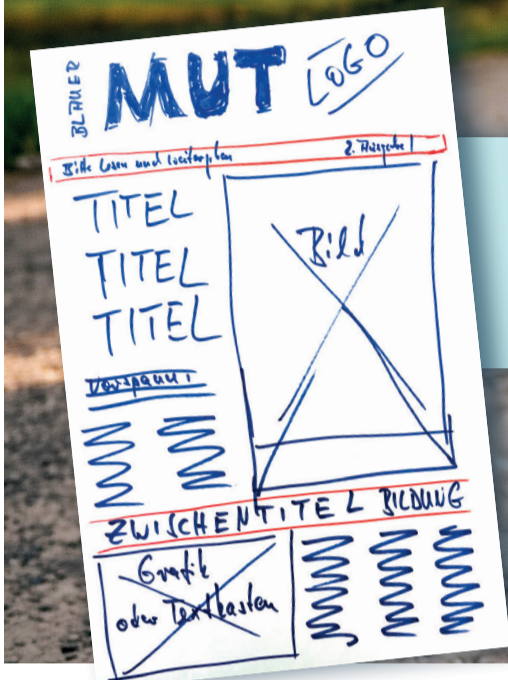
Bürger und Unternehmen spürbar mehr für Strom. Und der Preis endet nicht beim Markt: Stromsteuer, Konzessionsabgabe, Offshore-Netzzulage und Mehrwertsteuer treiben die Rechnung zusätzlich nach oben. Bei Gas, Heizöl, Benzin und Diesel kommen Energiesteuer, CO₂-Preis und ebenfalls Mehrwertsteuer dazu.

So sitzt der Staat bei der Energierechnung mit am Tisch. Er treibt die Preise nach oben, kassiert beim Endpreis und profitiert über die Mehrwertsteuer von steigenden Kosten. Wer Energie politisch verteuert, soll soziale Härten nicht beklagen. Er hat sie mitverursacht.



Kommentar von Björn Höcke

10 Jahre »Blauer Mut«



Layout-Entwurf
der zweiten
Ausgabe unserer
Fraktionszeitung



Zehn Jahre sind in der Politik eine lange Zeit. Regierungen kommen und gehen, Themen wechseln, Empörungen flackern auf und verschwinden wieder. Dass etwas bleibt, ist selten. »Blauer Mut« gehört zu den Dingen, die geblieben sind – als eine Art Gegenstrom zum Monopol der Funke-Medien in Thüringen. Diese Zeitung war nie dafür gedacht, nur zu berichten. Sie war von Anfang an Einspruch: gegen politische Entscheidungen, gegen gefährliche Entwicklungen, gegen ein Klima der Einschüchterung. Ihr Anspruch ist Mut zur Wahrheit und Aufklärung, auch dann, wenn es unbequem wird. Die Corona-Sondernummer gegen die Angstpropaganda hat genau das gezeigt. Und ja: Wir haben recht behalten. Wer durch die Ausgaben blättert, merkt schnell: Es geht immer wieder um das gleiche Grundgefühl. Dass Politik sich entfernt. Dass Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden. Dass das, was als selbstverständlich verkauft wird, für viele längst nicht mehr selbstverständlich ist. Momente wie die politische Krise um die Ministerpräsidentenwahl haben dieses Gefühl verstärkt. Plötzlich stand nicht mehr nur eine Entscheidung im Raum, sondern die Frage, wie belastbar demokratische Abläufe eigentlich noch sind.

Ein zweiter roter Faden zieht sich ebenso hartnäckig durch all die Jahre: die Frage nach Identität. Wer gehört dazu, wer wird gehört, wer wird übergangen? Die Diskussion über Zuwanderung ist dabei weniger ein Einzelthema als ein Symbol für etwas Größeres. Für die Sorge, dass politische Prioritäten sich verschieben – weg von den Interessen der Deutschen, hin zu abstrakten Konzepten und globalen Versprechen.

Und es geht um den Ton in der Politik. Wer widerspricht, wird heute nicht mehr widerlegt, sondern sofort als »rechtsradikal« etikettiert. Aus Kritik wird

schnell »gefährlich« – und so ersetzt politische Ausgrenzung die Debatte und das Argument.

Genau hier wirkt der »Blauer Mut«. Nicht als Vermittler, nicht als neutraler Beobachter. Sondern als dauerhaftes Störsignal. Eine Stimme, die sagt: Hier läuft etwas schief – und wir hören nicht auf, darauf hinzuweisen.

Denn eines hat sich in diesen zehn Jahren ebenfalls gezeigt: Widerspruch hat seinen Preis. Wer gegen den Strom schwimmt, wird selten beklatscht. Stattdessen gibt es Gegenwind, Kritik und Beschimpfungen. Doch genau daran entscheidet sich, ob

eine Stimme Substanz hat – oder nur so lange spricht, wie es bequem ist. »Blauer Mut« hat sich bewusst für den unbequemen Weg entschieden.

Es geht dabei nicht nur um einzelne politische Entscheidungen. Es geht um die Richtung eines Landes. Um die Frage, ob Politik noch den Menschen dient – oder doch ganz anderen Interessen.

Viele spüren, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Dass Sicherheit, Wohlstand und Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeiten mehr sind, sondern zunehmend unter Druck stehen.

Gerade deshalb braucht es Stimmen, die nicht sofort verstummen, wenn der Gegenwind stärker wird. Stimmen, die auch dann bleiben, wenn es ungemütlich wird. Stimmen, die nicht den einfachsten Weg gehen, sondern den notwendigen. Vielleicht liegt genau darin der eigentliche Sinn dieses Projekts: nicht recht zu behalten, sondern nicht aufzugeben.

Denn am Ende entscheidet nicht die Lautstärke, sondern die Ausdauer. Und wer zehn Jahre durchhält, hat gezeigt, dass es ihm ernst ist.

Björn Höcke

Remigration als politische Lösung für Thüringen

Seit 2015 hat sich Deutschland verändert, und auch Thüringen spürt die Folgen jeden Tag. Die Kosten für Unterbringung, Versorgung, Gesundheit und Integration steigen.

Wohnraum wird knapper, Schulen geraten unter Druck, Kommunen werden überfordert. Wer diese Entwicklung benennt, beschreibt keine Stimmung, sondern die Realität.

Ende 2024 lebten in Thüringen fast 188.000 ausländische Staatsangehörige. Darunter waren Schutzberechtigte, Ukrainer, Asylbewerber im laufenden Verfahren und Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Genau hier beginnt die notwendige Klarheit: Asyl, Kriegsflucht, Arbeit, Ausbildung und illegale Migration dürfen nicht länger vermischt werden. Wer arbeiten, sich integrieren und rechtmäßig hier leben will, gehört nicht in denselben Topf wie Ausreisepflichtige oder Straftäter. Besonders deutlich wird das bei der Sicherheitsfra-

ge. Viele Bürger erleben, dass sich öffentliche Räume verändert haben. Innenstädte, Parks und Bahnhöfe werden gemieden, weil aggressive Gruppen das Sicherheitsgefühl zerstören. Wenn sich Menschen im eigenen Land fremd fühlen, hat der Staat versagt.

Remigration heißt deshalb: geltendes Recht endlich durchsetzen. Wer keinen Aufenthaltstitel hat, muss gehen. Wer straffällig geworden ist, muss abgeschoben werden. Härtefallkommission, Kirchenasyl und geförderte Strukturen, die Abschiebungen verzögern oder verhindern, dürfen nicht länger über dem Recht stehen. Thüringen braucht keine weiteren Ausreden. Thüringen braucht Kontrolle, Rückführung und eine Politik, die zuerst die eigenen Bürger schützt.

Daniel Haseloff

Sehen Sie hierzu die Rede von Daniel Haseloff:



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 698.000 Stück



► <https://twpw.afd-thl.de/k/rEtufw>



Der Gernegroß

**Betrug
Schwindel
Voigt**



**Konstruktives
Misstrauensvotum –
Antrag der AfD-Fraktion**



Manchmal schreibt die Geschichte die Pointen selbst. Friedrich Wilhelm Voigt wurde einst als »Hauptmann von Köpenick« berühmt – ein Mann ohne Rang, aber mit der richtigen Uniform. Er brauchte nur aufzutreten, und schon gehorchten ihm alle. »Autorität durch Darstellung« nannte man das. Über hundert Jahre später trägt ein anderer denselben Nachnamen: Mario Voigt. Ein Zufall und auch eine Einladung zum Vergleich.

Auch bei Mario Voigt geht es um Darstellung und um das Auftreten nach außen. Der Fall um den aberkannten Dokortitel zeigt das deutlicher als jede Sonntagsrede. Jahrelang wurde an der eigenen Rolle gearbeitet: der Intellektuelle und Analyst, der in den USA geforscht hatte. Und dann kommt

ans Licht, was darunter liegt: Übernahmen und Abschreiben, fremde Gedanken als eigene verkauft. Nicht ein Fehler, nicht zwei – sondern ein System. Hunderte Plagiatsfragmente, mittlerweile sauber dokumentiert. Wer so arbeitet, baut eine Inszenierung vom Anfang bis zum Ende auf.

Und was passierte, als alles aufgeflog? Kein Satz der Entschuldigung, keine Demut. Stattdessen: Kamera an und ein angeblich spontan gefilmtes Video. Das muss man sich mal vorstellen: Während der eigene Titel in sich zusammenfällt, läuft im Hintergrund schon die PR-Maschine warm. Das ist perfekte Regie, um abzulenken.

Aber das ist noch nicht alles. Dann ist da der Sitz im MDR-Rundfunkrat: vier Sitzungen im Jahr, bezahlt aus öffentlichen Geldern, mit klarer Kontroll-

aufgabe. Voigt fehlte zwölfmal in Folge. Die Entschädigungen kamen trotzdem: rund 18.000 Euro! Und als das aufflog, wurde aus Abwesenheit plötzlich »hybride Teilnahme«. Blöd nur: Dieses Sitzungsformat gab es gar nicht.



Das ist keine Lappalie. Das ist politische Selbstbedienung mit nachgereicherter Schutzbehauptung.

Er spielt also immer wieder

dasselbe Spiel: Anspruch ohne Leistung und Außendarstellung statt Verantwortung. Und damit sind wir wieder in Köpenick. Der alte Hauptmann brauchte eine Uniform, um Autorität vorzutäuschen. Der neue Voigt braucht dagegen Titel, Kameras

und Gremienposten. Beim einen gehorchte die Stadt, weil die Verkleidung stimmte, und beim anderen soll die Öffentlichkeit glauben, dass hinter der Inszenie-

rung Kompetenz steckt. Es hat in Köpenick nicht geklappt und in Erfurt klappt es auch nicht.

Interessant war, wie »die vierte Kraft im Land« reagierte. Die Medien sprangen Voigt bei und relativierten sofort. »Auf den Doktor kommt es nicht an«, schrieb da etwa ein Redakteur. Und ein Reporterchef aus Thüringen meinte gar: »Sofortiger Rücktritt wäre die falsche Entscheidung.« Wann haben Medien eigentlich angefangen, sich den Regierungen als Vasallen anzudienen?

Die Koalitionspartner schließen die Reihen. Ihre Posten hängen schließlich daran.

Aber genau hier liegt der Kern des Problems.

Die Rolle des Hauptmanns von Köpenick zog nur, weil alle bereit waren, an die Uniform zu glauben. Inszenierung zählte mehr als Wahrheit. Genau dieses Prinzip versucht Mario Voigt zu kopieren: überzeugend auftreten, die Rolle spielen und alle Zweifel wegmoderieren. Doch irgendwann wackelt die Bühne. Dann reicht die Uniform nicht mehr. Oder anders gesagt: Wer nur so tut, als wäre er Hauptmann, sollte sich nicht wundern, wenn jemand nach dem Dienstausweis fragt.

Jens Cotta

Voigts Skandalchronik

2008 »Promotion«

30.08.2009 Einzug Landtag

2021

18.11.2021

Wahl in MDR-Rundfunkrat

2022

14.10.2022

Durchsuchungen

2023

13.11.2023

Verfahren eingestellt

2024

ab **März 2024**

keine protokollierte MDR-Rundfunkrats-Teilnahme

15.08.2024

Weber veröffentlicht Plagiatsvorwürfe

2025

Januar 2026

Dokortitel aberkannt

2026

Ein Sommer wie damals ...



Früher



Heute



Morgen?

Es gab eine Zeit, in der man nicht über Selbstverständlichkeiten nachdenken musste. Sommer bedeutete Freibad, und Freibad bedeutete »Urlaub im Kleinen«. Man ging hin, ohne sich zu verabreden, blieb stundenlang, verlor jedes Zeitgefühl. Kinder sprangen vom Beckenrand, Erwachsene lasen Zeitung, irgendwo lief ein Radio. Es war laut, aber es war nie bedrohlich. Man kannte sich, und die man nicht kannte, mit denen konnte man sich in der eigenen Sprache unterhalten.

Diese Erinnerung wirkt heute fast unwirklich. Nicht, weil sie verklärt wäre, sondern weil sich vieles zum Nachteil verändert hat. Freibäder sind heute in Deutschland oft aufgeladene Orte. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr – ganz im Gegenteil. Wer erinnert sich nicht an die Massenschlägereien in den Freibädern in Bad Sulza oder in Zella-Mehlis im vergangenen Sommer?

Wo früher ein Bademeister ge-

nügte, steht heute oft ein Großaufgebot von privaten Sicherheitsdiensten bereit. Bezahlen müssen das natürlich die Badegäste. Wenn man nach den Ursachen fragt, dann bekommt man höchstens hinter vorgehaltener Hand eine ehrliche Antwort. Nicht nur das Stadtbild hat sich



verändert. Auch die Gäste in den Freibädern. Zuwanderer aus kulturell fremden, außereuropäischen Regionen dominieren das Bild.

Immer öfter stellt sich die Frage: Wollen wir in Zukunft so weiterleben? Wollen wir akzeptieren, dass sich öffentliche Räume Stück für Stück so verändern – und am Ende nicht mehr das sind, was sie einmal waren? Dass wir uns wie Fremde im eigenen Land fühlen? Wollen wir hin-

einfach laufen lassen, sondern ständig ein Auge auf sie haben müssen? Für viele ist die Antwort klar: Nein! Es geht dabei nicht um romantische Rückblicke oder verklärte Erinnerungen. Es geht um etwas sehr Konkretes: Lebensqualität, Sicherheit und Vertrauen im Alltag. Um das Gefühl, dass ein öffentlicher Raum allen gehört. Und nicht den Lautesten und den Rücksichtslosesten. Die eigentliche Frage ist nicht, ob man die Vergangenheit zurückholen kann. Das wird nicht gelingen. Aber man kann entscheiden, wie die Zukunft aussehen wird. Eine Zukunft, die sich viele wünschen, wäre unspektakulär: funktionierende Regeln, klare Grenzen und Konsequenzen, wenn diese überschritten werden. Orte, an denen man sich wieder aufhält, ohne ständig wachsam sein zu müssen. Orte, an denen Kinder wieder einfach Kinder sein können, ohne dass Eltern permanent ein ungutes

Gefühl haben. Das klingt simpel. Ist es aber nicht. Denn diese Selbstverständlichkeit entsteht nicht von allein. Sie muss politisch gewollt und erkämpft werden. Genau hier setzt die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung an – auch durch Maßnahmen wie ein konsequentes Remigrationskonzept, das aus Sicht der AfD-Fraktion in Thüringen die Voraussetzung dafür schaffen muss, dass Ordnung, Sicherheit und Verlässlichkeit wieder zur Normalität in Deutschland und Thüringen werden.

Am Ende geht es um eine einfache, aber entscheidende Aufgabe: Wir müssen Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Weder die Koalition in Berlin noch die Brombeer-Koalition in Thüringen wird das auf den Weg bringen. Das wird nur mit der AfD gelingen. Dabei geht es nicht um ein Zurück in die Vergangenheit – es geht um ein Vorwärts zu einem Alltag, der sich wieder richtig anfühlt.

nehmen, dass Familien überlegen müssen, ob sie überhaupt noch ins Freibad gehen? Dass Eltern ihre Kinder nicht mehr

nehmen, dass Familien überlegen müssen, ob sie überhaupt noch ins Freibad gehen? Dass Eltern ihre Kinder nicht mehr

nehmen, dass Familien überlegen müssen, ob sie überhaupt noch ins Freibad gehen? Dass Eltern ihre Kinder nicht mehr

Schöne Ferien!

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag wünscht allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer, erholsame Urlaubstage und eine gute Zeit mit Familie, Freunden und Menschen, die ihnen wichtig sind.

Besonders den Kindern und Jugendlichen wünschen wir schöne Ferien, viele kleine und große Abenteuer, Zeit zum Spielen, Lachen, Entdecken und Ausrufen. Nach einem langen Schuljahr haben sie sich freie Tage ohne Stundenplan, Hausaufgaben und Klassenarbeiten verdient.

